

Schmahl, Hans-Juergen

**Article — Digitized Version**

## Ohne Mitwirkung der Gruppen keine Lösung des Zielkonflikts

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schmahl, Hans-Juergen (1967) : Ohne Mitwirkung der Gruppen keine Lösung des Zielkonflikts, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 47, Iss. 2, pp. 61-62

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133675>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Ohne Mitwirkung der Gruppen keine Lösung des Zielkonflikts

Selbstverständlich Gewordenes wird zumeist wenig geschätzt, erst das Verlorene wird recht gewürdigt. Diese Erfahrungstatsache bestätigt sich in unserer Volkswirtschaft gegenwärtig wieder einmal in anschaulicher Weise. In der ersten, bisher durchaus milden Rezession seit der Währungsreform wird vielen erst erkennbar, welch sicherer Hort eine beständig wachsende Wirtschaft ist. Jetzt werden wir in drastischer Weise mit den Nachteilen einer aus dem Tritt geratenen Wirtschaft konfrontiert. Dabei ist es nicht in erster Linie die gestiegene Zahl der Arbeitslosen, sondern die wiederholt notwendig gewordene Minuskorrektur der Steuerschätzungen, die bisher zu den unangenehmsten Erfahrungen dieser Rezession zählt. Eine fortschrittliche Gesellschaftspolitik setzt eine gesunde, wachsende Wirtschaft voraus. So steht es in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966. Dieses Argument ist zwar nicht das einzige, das deutlich macht, wie sehr wir „zum Wirtschaftswachstum verurteilt“ sind, aber vielleicht das eingängigste. Der Konjunkturrückgang rührt letztlich an die Fundamente der staatlichen Aufgabenbewältigung. Schlagartig ist damit deutlich geworden, wie töricht das moralisierende Urteil war, das jedes Streben nach kontinuierlichem Wachstum als ein Nachlaufen hinter dem „Fetisch Wachstumsrate“ zu diskreditieren suchte.

Eine weitere Lehre aus der Entwicklung der letzten Zeit ist, daß sich Wirtschaftswachstum ebensowenig von selbst einstellt wie Stabilität, sondern daß man den Wirtschaftsprozess lenkend beeinflussen muß. Niemand wird ernsthaft bestreiten können, daß der Preismechanismus das beste Mittel zur Koordination der in grundsätzlicher Unabhängigkeit getroffenen Einzelentscheidungen aller wirtschaftenden Menschen ist. Aber dieser Mechanismus sorgt von sich aus weder für Vollbeschäftigung oder für Wachstum noch für Stabilität des Preisniveaus. Dazu bedarf es jener Methode, für die sich der Begriff „Globalsteuerung“ einzubürgern scheint. Man könnte auch von „Niveausteuerung“ sprechen und damit ebenfalls andeuten, daß hier nicht in die Einzelentscheidungen eingegriffen werden soll. Beeinflußt werden vielmehr die großen Aggregate, also z. B. der Konsum als Gesamtheit oder die Investition als Gesamtheit. Mittel dieser Politik sind nicht Zuteilung und Produktionsauflage, sondern die Instrumente der Kredit- und Finanzpolitik sowie andere „global“ wirkende Maßnahmen. Sie setzen und verschieben den Rahmen für individuelle Entscheidungen, aber sie greifen nicht in den Entscheidungsprozeß selbst ein.

Beeinflussung des Wirtschaftsprozesses durch Globalsteuerung läßt in erster Linie an Konjunkturpolitik denken. Zweifellos wird auch wie bisher schon das Bemühen um den Ausgleich zyklischer Tendenzen Gegenstand der „Prozeßpolitik“ sein müssen. Zyklisch wirkende Kräfte sind auch in unserer Volkswirtschaft stets aufgetreten, und es gibt Anzeichen dafür, daß ihre Bedeutung künftig eher noch größer wird. Dafür spricht allein schon das zunehmende Auftreten von Ersatzbeschaffungszyklen bei den dauerhaften Gebrauchsgütern. Doch Wirtschaftsablaufpolitik muß mehr sein als ein Mittel zum Ausgleich von Schwankungen. Sie muß zugleich Wachstumspolitik sein. Das bedeutet, sie muß nicht nur kurzfristig orientiert und nicht nur auf Nachfragebeeinflussung ausgerichtet sein. Sie muß vielmehr an den mittelfristigen Möglichkeiten orientiert sein und sich auch auf die Beeinflussung des Angebots erstrecken. Zu ihren Mitteln gehört z. B. die Infrastrukturpolitik ebenso wie die Bildungspolitik. Schließlich ist aber auch der ganze Bereich der sog. Strukturpolitik von erheblicher wachstumspolitischer Bedeutung. Die Strukturpolitik hat dafür zu sorgen, daß die Wanderung der Produktivkräfte zum Ort der dringlichsten Verwendung gefördert wird. Sie ist damit oft zugleich Mittel zur Förderung des Produktivitätsfortschritts.

Der Schritt vom Entwurf eines Stabilisierungsgesetzes zum Entwurf eines Gesetzes zur „Förderung von Stabilität und Wachstum der Wirtschaft“ ist zugleich ein Schritt von der konjunkturpolitischen zur umfassenderen ablaufpolitischen Konzeption. Aus der ursprünglichen Sammlung einiger neuer Instrumente zur Bekämpfung von Konjunkturübersteigerungen — mit der Möglichkeit der umgekehrten Anwendung in Flaute — ist nunmehr ein abgerundetes, wenn auch nicht alle Wünsche erfüllendes Instrumentarium der Wirtschaftsablaufpolitik geworden. Doch das ist nicht der einzige Unterschied. Hier hat eine grundsätzlich andere Vorstellung von Ablaufpolitik Pate gestanden als beim ersten Entwurf. Trug jener noch deutlich den Stempel des Reaktiven, so liegt der Schwerpunkt des neuen Entwurfs auf der prophylaktischen, aktiven Beeinflussung. Wichtigstes Kennzeichen dafür ist die Aufnahme des Instruments der „Konzertierten Aktion“ in den Entwurf. Die Orientierung an nicht nur kurzfristigen Gesichtspunkten soll dabei durch die fünfjährige Vorausschau gewährleistet sein.

Die Konzertierte Aktion, also das gleichzeitige und gleichmäßige Vorgehen aller wirtschaftlich bedeutenden Gruppen auf einer Linie, die gleichermaßen wachstums- und stabilitätskonform ist, muß heute wohl als das erfolgversprechendste Mittel zur Lösung unserer ablaufpolitischen Probleme angesehen werden. Dieser Meinung ist offensichtlich auch die Bundesregierung. Dafür spricht eine wenig beachtete Aussage in ihrer Stellungnahme zum dritten Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: „Die Gegebenheiten und sachlichen Notwendigkeiten unserer freiheitlich geordneten Wirtschaft und Gesellschaft von heute und morgen haben zur Konsequenz, daß die wirtschaftspolitischen Ziele nicht mehr allein durch staatliche Maßnahmen gleichzeitig verwirklicht werden können. Gerade in einem marktwirtschaftlichen System muß die notwendige staatliche Globalsteuerung durch die verantwortungsbewußte Mitarbeit der wirtschaftlichen und sozialen Gruppen unterstützt und ergänzt werden.“

Das bedeutet nicht den Verzicht auf den staatlichen Führungsanspruch in der Wirtschaftspolitik. Aber es ist eine sehr bedeutsame Einschränkung hinsichtlich der Realisierbarkeit der vom Staat selbst vorgegebenen Zielkombination. Nach dem Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sollen im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung innere und äußere Stabilität, Vollbeschäftigung sowie stetiges und angemessenes Wachstum gleichzeitig gewährleistet werden. Wenn das nur mit Hilfe der Gruppen möglich ist, dann wird deren Bereitschaft zur Teilnahme an der Konzertierten Aktion zu einer Kernfrage unserer Wirtschaftsablaufpolitik. Gegenwärtig ist diese Bereitschaft groß. Doch das ist kein Beweis dafür, daß man immer auf die Mitwirkung der Gruppen zählen kann. Konzertierte Aktion ist letztlich nichts anderes als das altbekannte Maßhalten, nun praktisch anwendbar gemacht durch quantifizierte Angaben darüber, was im Einzelfall unter Maßhalten zu verstehen ist. In der Flaute stellt ein solches Maßhalten natürlich keine hohen Anforderungen, denn der Markt gibt ohnehin nicht viel her. Die Bewährungsprobe kommt erst im nächsten Aufschwung, wenn Gruppen Chancen ungenutzt lassen sollen.

Offensichtlich ist die staatliche Wirtschaftspolitik allein durch die Beeinflussung der makroökonomischen Prozeßbedingungen tatsächlich nicht in der Lage, die sozialen Gruppen zu einem zielkonformen Verhalten zu zwingen. Diese von der Bundesregierung nunmehr ausgesprochene Erkenntnis bedeutet für manchen ein Abschiednehmen von liebgewordenen Vorstellungen. Der Staat muß in der Wirtschaftspolitik seinen Führungsanspruch dadurch realisieren, daß er das seinerseits Mögliche zur zielkonformen Beeinflussung der makroökonomischen Daten tut und im übrigen Überzeugungsarbeit leistet. Wirtschaftspolitik wird damit mehr und mehr auch Gesellschaftspolitik, und der nicht nur kurzfristige Bestand der Konzertierten Aktion wird zum Test für die Reife der Gesellschaft. Fällt der Test negativ aus, dann gibt es innerhalb der geltenden Ordnung nur eine Alternative: den Wechsel von Übersteigerung und Flaute der Konjunktur mit allen negativen Begleiterscheinungen. Die gefährlichste könnte auf die Dauer das Verschwinden jener expansionstragenden Kraft sein, die Sombart als „Begeisterungsenergie“ bezeichnet hat. Was das Fehlen dieser Kraft bedeutet, zeigt das Beispiel Großbritanniens deutlich genug.

*Hans-Jürgen Schmahl*